WP-01-K3-679-2

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Willi Junga (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 678 bis 679 einfügen:
Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz werden wir modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben. Projekte zur automatisierten Verhaltenserkennung und Identifizierung von Personen werden wir einstellen um das Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum zu gewährleisten.

Begründung

Ob in Hamburg auf dem Hansplatz, in Mannheim oder Berlin Südkreuz, die bisherigen, teils beendeten, Projekte erwiesen sich als ungenau und dass die Auswertung & Bewertung der Projekte ausschließlich durch die Sicherheitsbehörden selbst erfolgte ist **nicht** mit unseren Evidenzkriterien vereinbar.

Menschen werden hier anlasslos überwacht. Für sie ist nicht erkennbar, ob wenn sie sich zu einer Demonstration versammeln die Überwachunsgtechnik tatsächlich deaktiviert ist. Anwohner*innen können hiermit dauerhaft überwacht werden und ein Schutz der Anonymität im öffentlichen Raum ist nicht mehr gegeben.

Die Einführung dieser Technik legt einen Grundstein für Systeme die schnell auch zum SocialScoring wie in China mißbraucht werden. Alles was es braucht ist eine Führung im Innenministerium die festlegt was gewünscht ist und was nicht.

Lasst uns diesen Überwachungsphantasien jetzt ein Ende bereiten. Sie gefährden bereits heute überproportional Gruppen die das Ziel von Rassismus und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind.

Die Unterscheidung ob es sich um Echtzeiterkennung oder eine spätere Erkennung handelt macht hierbei keinen Unterschied, da bereits die Übertragung zum Rechenzentrum, Speicherung eine Verzögerung darstellt die beim Lesen der Daten im Rechenzentrum keine Echtzeiterkennung mehr wäre auch wenn dies gerade mal 300 Millisekunden nach der Aufnahme sein könnte.

weitere Antragsteller*innen

Kai Bojens (KV Stade); Dennis Franz (KV Berlin-Pankow); Hans-Christian Höpcke (KV Berlin-Lichtenberg); Patric Lenhart (KV Bonn); Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); Malte Spielmann (KV Berlin-Neukölln); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Gustav Blaß (KV Gera); Benedikt Wildenhain (KV Essen); Sven-Mario Seeberg-Elverfeldt (KV Regensburg-Stadt); Christian Marx (KV Calw); Astrid Hilt (KV Saarpfalz); Moritz Duge (KV Hamburg-Nord); Georg Lösel (KV Potsdam); Christoph Behnke (KV Stade); Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christine Behnke (KV Stade); Patric Rademacher (KV Berlin-

Charlottenburg/Wilmersdorf); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.